Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

Preis 8000 Mark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Dienstag, 7. August 1923

Chefredakteur Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48 Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ“ erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezugspreis für August 120 000 ℳ freibleibend.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder erzwungener Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückgabe eines Entgelts. Tagespreis für Anzeigen 24000, — ℳ je 33 mm breite mm-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

7. 8. m Nr. 362 8000
62. Jahrgang.

Mißverstandene Demokratie.

Von
Prof. Dr. Max J. Wolff.

Je höher die Not im Deutschen Reiche steigt, je ängstlicher die Frage um Sein oder Nichtsein die Gemüter bedrückt, um so lauter ertönt der Ruf nach dem starken Führer, der das Schicksal des Vaterlandes in seine energische Hand nimmt. „Ein Mann aus Millionen“, klingt es wieder wie vor achtzig Jahren. Sind wir wirklich so arm an Männern, daß in dem Augenblick der größten Gefahr „Keiner aus den Reihen“ tritt, um mit einem Griff das Steuer des sinkenden Schiffes zu fassen?

Schon unter dem alten Regime war die politische Zuchtwahl, die selection of the fittest, schwer; unter der Republik ist sie beinahe unmöglich geworden. Die Beamtenlaufbahn bot damals dem Tüchtigen eine Leiter, auf der er, wenn auch langsam, emporklimmen konnte; das, was wir heute Demokratie nennen, vereitelt jedes Durchsetzen der Persönlichkeit.

Als wir 1918 auf Wilsons Wunsch Demokraten wurden, übernahmen wir den parlamentarischen Apparat der anderen Völker und wir gaben uns eine Verfassung, die die Quintessenz aller demokratischen Grundsätze enthält. Aber eine Verfassung macht kein Volk, sondern umgekehrt das Volk die Verfassung. Sie bleibt totes Paragraphenwerk, wenn sie nicht der Ausdruck des seelischen und politischen Zustandes einer Nation ist. Daran dachten die Theoretiker von Weimar nicht, statt dessen beriefen sie mathematische Sachverständige und stellten ihnen die Preisaufgabe, ein Wahlrecht auszuhecken, das den geringsten Minderheiten Rechnung trägt und keine der süßen Stimmen von Plundersweiler oder Winkelhausen unter den Tisch fallen läßt. Die schwierige Aufgabe wurde glänzend gelöst, wir haben ein Wahlrecht, in dem die Anbetung der Zahl Triumphe feiert, aber die Persönlichkeit erstickt.

Wie kommen unsere Wahlen zustande? Da erscheinen die Vereinigten Friseurgehilfen und verlangen auf Grund ihrer fünftausend Wähler einen Platz auf der Parteiliste. Man will ihnen die zwölfte Stelle überlassen, aber die genügt ihnen nicht, sie verlangen mindestens die siebente. Unmöglich. Der siebente Platz ist schon den Vereinigten Müllkutschern zugesagt, die über achttausend Stimmen verfügen. Die Vereinigten Friseure wenden sich an eine andere Partei, wo sie mehr Erfolg haben.

Aus den Reihen der auf diese Weise gewählten Volksvertreter gehen die Minister hervor. Drei Parteien bilden die Regierung. Sind sie gleich stark, so ernennt jede drei von den zehn Ministern, natürlich möglichst sanfte und unausgesprochene Charaktere, die bei den Koalierten keinen Anstoß erregen, und als zehnten nimmt man einen Mann, der allen recht ist, also in allen drei Farben schillert.

Wenn man dies aus endlosen Kompromissen und mühseligen Verhandlungen geborene Kabinett wenigstens regieren ließe! Kein Gedanke. Hinter ihm, neben ihm oder über ihm stehen alle möglichen Verbände, die jeden seiner Schritte überwachen, die Spitzenorganisationen, die Gewerkschaften, die Funktionäre, Sachverständigenausschüsse und Interessenvereinigungen. Bei jeder Maßregel müssen sie vorher befragt werden, es darf nicht geschehen, ohne daß sie Ja und Amen sagen. Dann kommen erst die offiziellen Körperschaften mit ihren Kommissionen und Unterkommissionen.

Dieser Apparat lähmt jeden Entschluß, ertötet jede Verantwortungsfreudigkeit, jede Schaffenslust und jede Energie. Wenn unsere Minister, selbst die besten, nach wenigen Monaten ihrer Amtstätigkeit mit fakirartiger Entsagung die Hände in den Schoß legen, wen nimmt es wunder? Sie erliegen im Kampf gegen diese Fülle von berufenen und unberufenen Dreinrednern. Sie fühlen sich ohnmächtig gegenüber dieser Maschinerie, die den Starken zermürbt, den Unfähigen emporhebt. Die Unzulänglichkeit eines Ministers mag zum Himmel schreien, die Kollegen müssen weiter mit ihm arbeiten, solange es den guten Freunden in seiner Partei nicht gefällt, ihn abzurufen.

Das nennen wir Demokratie, es ist aber das Gegenteil einer solchen, eine Parodie der Demokratie, nicht Befreiung, sondern Knebelung der Volkskräfte.

Die wirkliche Demokratie besteht darin, daß das Volk den Mann seines Vertrauens an die Spitze stellt und sich von ihm führen läßt, nicht aber ihm durch alle möglichen Nebenstellen die Führung unmöglich macht. In der wirklichen Demokratie werden die obersten Staatsämter nicht durch, sondern aus den Parteien besetzt. So ist es in England. Auch dort gibt es Wahlen, Parteien, Parlamente, Interessenvertretungen, aber sie verfolgen alle nur den einen Zweck, aus der Schar der Berufenen den oder die Auserwählten herauszusieben. Er darf dann mit einer geradezu unbeschränkten Machtvollkommenheit regieren, solange das allgemeine Vertrauen ihn trägt. Wenn die Demokratie lebensfähig sein soll, so braucht sie als Correlat die Selbständigkeit der großen Persönlichkeit, sonst verliert sie sich in Tatenlosigkeit, Vielgeschäftigkeit und Geschwätz.

Man nennt das wohl demokratisches Mißtrauen. Das Mißtrauen ist es, das den Demokraten seit den Tagen des Perikles den Todesstoß versetzt hat. In Florenz trieb man es soweit, daß man die obersten Beamten nur auf ein halbes Jahr ernannte und zum Oberbefehlshaber überhaupt keinen Einheimischen nahm. Die Folge war, daß man in der Stunde der Gefahr weder eine Verwaltung noch ein Heer besaß und daß nicht nur der Staat, sondern was manchen viel schmerzlicher war, auch die Demokratie von den einrückenden Franzosen überrannt wurde. Man kann das alles bei Dante nachlesen, und die Franzosen stehen heute auch vor den Toren.

Markkurs in New York 0,000045 Geld, 0,000047 Brief; der Mittelkurs entspricht einem Dollarkurs in Berlin von 2173 913.

Appell an England zur Zusammenarbeit

Der „Temps“ gegen Keynes. — Mißtrauen gegen das amerikanische, englische und italienische Mitglied der Reparationskommission.

S. **Paris**, 6. 8. (Eigenbericht.)
Der neue Keynessche Vorschlag über die Lösung des Ruhr- und Reparationskonflikts (über den wir in der gestrigen Abendausgabe kurz berichteten — Red.) erregt in Paris erhebliches Aufsehen. Der offiziöse „Temps“ nimmt dazu in seinem heutigen Leitartikel folgendermaßen Stellung: Frankreich soll also die Ruhr räumen, ohne bezahlt zu werden; das würde einen Triumph des deutschen Widerstandes bedeuten. Die deutschen „Profitgeier“ seien dann die wahren Sieger des Ruhrkampfes (!), und der Sieg würde sie in politischer und fiskalischer Hinsicht allmächtig machen. Gegenüber dem verstärkten deutschen Widerstand würden die Gläubiger des Reiches ihre Interessen nur durch ein Komitee von fünf Mitgliedern, die Reparationskommission, vertreten sehen. Aber wer unter diesen fünf Mitgliedern würde die wirklichen Notwendigkeiten finden, Deutschland zahlen zu machen. Der amerikanische Kommissar würde ohne Zweifel viel Sympathie für die Reparationsfrage aufbringen, aber die Regierung der Vereinigten Staaten habe mit Deutschland einen Sondervertrag geschlossen, dank dem sie ihre deutschen Schulden besonders eintreibe. Der Vertreter Englands hätte ein ähnliches Guthaben zu verteidigen, aber da dieses Guthaben selbst hinter dem aller übrigen Alliierten rangiere, würde er vielleicht versucht sein, zu sagen, England bereichere sich viel schneller, indem es Deutschland von seiner Zahlungspflicht entbinde, als wenn es Deutschland zum Zahlen zwinge. Die Italiener würden behaupten, daß die ganze Sache Italien höchstens vom politischen Standpunkt aus interessiere. So würden dann, wenn es sich darum handle, Deutschland eine Finanzreform aufzuzwingen, um einen effektiven deutschen Zahlungsplan durchzusetzen, drei von den fünf Kommissaren den Standpunkt vertreten, man dürfe Deutschland nicht brüskieren. Somit seien also Frankreich und Belgien stets in der Minderheit.

Wenn also Frankreich sich auf den von Keynes vorgeschlagenen „Handel“ nicht einließe — und man dürfe wohl ganz sicher sein, daß dies der Fall sein werde —, welche Stellung würde dann das Kabinett Baldwin einnehmen? Keynes habe einen ganzen Feldzugsplan ausgearbeitet. Der „Temps“ zählt dann die von Keynes vorgeschlagenen Zwangsmaßregeln gegen Deutschland auf, um zu dem Schluß zu kommen, daß angesichts dieser Projekte das wahre Interesse Englands nur das sein könne, eine genau gegenteilige Politik einzuschlagen und mit Frankreich zusammenzuarbeiten. (!)

„Jusqu'au bout!“

Hilferding über den deutschen Widerstand.

Paris, 6. 8. (W. T. B.)
Der deutsche Abgeordnete Hilferding erklärte einem Vertreter der „Ere Nouvelle“, es könne von einer Verständigung nicht die Rede sein, solange die Ruhrbesetzung andauere, die nicht als Druckmittel, um Zahlungen zu erlangen, sondern als ständige Bedrohung und Operation angewendet werde, um Deutschland zu zerstückeln. Der passive Widerstand im Ruhrgebiet sei nationale Pflicht. Von der Regierung, vom ganzen Lande, von den Parteien der äußersten Rechten bis zu den Kommunisten, von den übriggebliebenen Resten der Militärpartei bis zu den Gewerkschaften — die letzteren hätten einen starken Beweis hierfür gegeben — werde niemand in dieser Frage nachgeben. Frankreich möge zeigen, daß das, was es wolle, Reparationen sind und nicht die Vernichtung Deutschlands: bis dahin sei keine Verhandlung möglich. Die Unabhängigkeit des Reiches sei fortgesetzt durch die französische Politik bedroht gewesen, durch die man versuchte, eine separatistische Bewegung und die Schwächung der liberalen deutschen Regierungen, die bereit gewesen wären, sich mit Frankreich zu verständigen, herbeizuführen.

Auf die Frage des Berichterstatters, ob eine Katastrophe unmittelbar bevorstehe und ob eine soziale Revolution die Schwierigkeiten überwinden werde, antwortete Hilferding: „Zählen Sie nicht darauf! Wir werden jusqu'au bout kämpfen, viel länger, als man voraussetzt. Wenn die Regierung bis jetzt vielleicht bei ihrem Widerstande es an Entschlußfähigkeit und Weitblick hat mangeln lassen, so muß ich darauf hinweisen, daß ein neuer Reorganisationsplan in Ausarbeitung begriffen ist.“ Die Industrie werde alle notwendigen Opfer bringen: Konzessionen und Abkommen zwischen Industriellen und Arbeitern seien möglich. Frankreich habe das Gefühl des Widerstandes allgemein geweckt. Die soziale Frage, so akut sie auch sei, werde zweifellos an zweite Stelle treten angesichts des gemeinsamen Werkes, die nationale Verteidigung sicherzustellen.

Die Stimmung in Deutschland.

Paris, 6. 8. (W. T. B.) Professor Langevin von der Sorbonne, der der französischen Liga für Menschenrechte angehört und kürzlich auf Einladung des deutschen Friedenskartells in Berlin weilte, hat nach seiner Rückkehr nach Paris einem Vertreter der „Humanité“ erklärt: Die ganze Erbitterung hat sich in Deutschland gegen uns gerichtet, besonders beim Mittelstand und in den intellektuellen Kreisen. Eine weniger blinde Politik als die Poincarés hätte diesen Teil der Bevölkerung der notwendigen Aussöhnung zuführen können. Deutschland stehe vielleicht, ungeachtet seiner scheinbaren Ruhe, vor einer Katastrophe. Die durch die wirtschaftliche Krisis verursachte Erregung werde noch verstärkt angesichts der Ausweisungen aus dem Saargebiet, dem Rheinland und dem Ruhrgebiet. Der Aufenthalt der Ausgewiesenen im unbesetzten Deutschland trage noch zum Anwachsen der Erregung bei. Die Verwendung schwarzer Truppen bei gewissen Ausweisungen verstärke diese Empfindungen. Langevin erklärt, er habe leider feststellen müssen, wie offenkundig gerade auch das Elend in Berlin und die Erregung der Bevölkerung gegen Frankreich sei.

Baldwin soll handeln

Scharfe Sprache der englischen Oeffentlichkeit.

Gp. **London**, 6. 8. (Eigenbericht.)
Der Abgeordnete Musly, Lord Curzons Schwiegersohn, gibt jedenfalls dem Gefühl sehr vieler Leute Ausdruck, wenn er erklärt: „Poincaré ist damit beschäftigt, mit der einen Hand die letzten Träger Europas zusammenzuschlagen und uns mit der anderen diplomatische Buketts zuzuwerfen. Von unseren Staatsmännern ist doch etwas mehr zu verlangen, als Buketts aufzufangen und zurückzuwerfen.“

In demselben Geist schreibt heute der Lloyd George nahestehende „Daily Chronicle“: „Poincaré hat seine Stellung ganz klar dargelegt. Es ist ihm vollkommen Wurst, was Baldwins Regierung denkt. Er sieht in ihr nur einen Hund, der wohl bellt, aber niemals beißt. Er will auch keine Reparationen, wohl aber die Erdrosselung und Zerstückelung Deutschlands. Jetzt ist er an der Ruhr, und sein ganzer Plan ist, dort sitzen zu bleiben, und, je länger er dort sitzt, um so schlimmer wird es für jedermann, Frankreich ausgenommen. Er besitzt jedenfalls an der Ruhr eine ausgezeichnete strategische Position. Warum sollte er sie aufgeben? Das sind die Resultate des Baldwinschen Regimes.“

Diese Kritik ist sehr naheliegend, nimmt sich aber in dem Munde Lloyd Georges etwas seltsam aus. Es läßt sich nicht verkennen, daß die enormen Schwierigkeiten, die Baldwin zu einem derartigen unsicheren Vorgehen zwingen, nicht zum wenigsten das Werk Lloyd Georges sind. Seiner Tätigkeit verdankt man, daß die französische Regierung heute militärisch eine so übermächtige Stellung einnimmt. Sie hat die Franzosen zuerst ins Ruhrgebiet hereingelassen und sie hat ihr Bestes getan, um die antideutsche Volksstimmung lebendig zu erhalten, welche die Regierung zwingt, in der Entwicklung einer auf die moralische Isolierung Frankreichs gerichteten Politik außerordentlich vorsichtig und langsam vorzugehen. Wenn die Regierung im Parlament zugeben mußte, daß sie tatsächlich noch nicht weiß, was ihr nächster Schritt sein wird, so hängt das zweifellos damit zusammen, daß dieser nächste Schritt von der Wirkung abhängen wird, den der gestern getane Schritt auf die öffentliche Meinung hier zu Lande wie außerhalb Englands hat.

Man erwartet in liberalen Kreisen, daß die englische Regierung Deutschland im Laufe der nächsten Woche Antwort auf sein Memorandum vom 7. Juni senden wird, eine Antwort, die jedenfalls von dem Antwortentwurf beträchtlich abweichen wird, die aber mit ihrem Rat bezüglich des passiven Widerstandes auf seiten Frankreichs und Belgiens eine Bereitwilligkeit zu jeder Konzession voraussetzt. Es ist sicher, daß selbst der gegebene Rat dem Gefühl eines großen Teils der Minister widerstrebt und nur von den Die-Hards durchgesetzt wurde.

Die Veröffentlichung der belgischen und französischen Noten hat die hiesige öffentliche Meinung und die Presse außerordentlich überrascht. **Das Kabinett dürfte heute die Veröffentlichung der britischen Note beschließen. In politischen Kreisen glaubt man, daß die französische Diplomatie mit dem Schachzuge der Veröffentlichung ihrer Sache mehr geschadet als genützt habe, da er von dem hiesigen Kabinett unfair genannt wird.**

Die Kokereiexperimente der Franzosen.

Bochum, 6. 8. (W. T. B.)
Infolge der Besetzung der Zeche Hannover 3/4, von der die Stadt Bochum mit Gas beliefert wird, ist die Versorgung der Bochumer Bevölkerung mit Gas unterbrochen. Die Belegschaft der Zeche hat beschlossen, so lange der Arbeit fernzubleiben, bis die Besatzungstruppen sich so weit entfernt haben, daß eine Berührung mit den Belegschaften nicht mehr möglich ist. Die Franzosen haben gestern 100 Arbeiter mit Familien herangebracht. Die Arbeiter sollen versuchen, den Kokereibetrieb mit Kohle, die von Zeche Holland angefahren wird, aufrechtzuerhalten. Wann die Belieferung mit Gas wieder aufgenommen werden kann, steht noch nicht fest. Die Krankenhäuser, Bäckereien und andere lebenswichtigen Betriebe geraten in die allergrößte Bedrängnis.

Die auf der Zeche Recklinghausen I besetzten Werkstätten sind von den Franzosen unter Mitnahme der Werkzeuge wieder freigegeben worden. Die Vorbereitungen lassen jedoch darauf schließen, daß die Franzosen die Kokerei selbst in Betrieb nehmen wollen.

Die wahren Schuldigen.

ü. **Köln**, 6. 8. (Eigenbericht.) In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde im Gebäude des Kohlensyndikats zu Essen ein Paket Sprengstoff mit Zeitzünder von zwei Personen, die im Dienst der französischen Einbrecher stehen, abgeliefert. Drei deutsche Polizeibeamte, die von dem Vorgang hörten, begaben sich in das Kohlensyndikat, um den Sprengstoff zu besichtigen. Im Laufe der Nacht ist daraufhin eine Person festgenommen worden, die sich verdächtig gemacht hatte. Aus diesem Anlaß hat der Stab der Einbrecher den Straßenbahnverkehr und den Stadtverkehr verboten, und zwar in der Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. (!)

Nach dem Attentat auf die Duisburger Rheinbrücke, das die Einbrecher zum Anlaß genommen haben, ohne die wahren Schuldigen zu ermitteln, mit rigorosen Maßregeln gegen die Bevölkerung vorzugehen, wurden ein Franzose und Argentinier als Täter festgestellt, so daß der Schluß leicht war, wo die eigentlichen Anstifter zu suchen sind. Die obige Meldung erbringt einen neuen, unleugbaren Beweis, daß die Franzosen selbst die Attentate provozieren, um gegen die Bevölkerung, die mit zusammengebissenen Zähnen den passiven Widerstand durchhält, mit neuen Gewalttaten vorgehen zu können. So paart sich Roheit und Gemeinheit bei dem Raubgesindel von der Ruhr.

Neuer Millionenraub.

Duisburg, 6. 8. (Mtb.) **Die Franzosen besetzten die Nebenstelle der Reichsbank und beschlagnahmten 450 Millionen. Es handelt sich hierbei um eine Summe, die der Stadt wegen des Sabotage-Aktes in Treusdorf abverlangt und deren Bezahlung von der Stadtverwaltung selbstredend abgelehnt wurde.**

Der türkisch-amerikanische Friedensvertrag unterzeichnet

Ein Doppelvertrag.

Lausanne, 6. 8. (W. T. B.)
Die Unterzeichnung des türkisch-amerikanischen Vertrages hat heute nachmittag 4 Uhr im Großen Saal des Hotels „Beau rivage“ in Lausanne stattgefunden. Es handelt sich um einen Doppelvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und der Türkei, und zwar um einen allgemeinen Vertrag, der die Grundlagen für die zukünftige Gestaltung der Beziehungen zwischen beiden Staaten aufstellt, und um einen Auslieferungsvertrag.

Genau um 4 Uhr traf die türkische Delegation im Hotel ein. Dort wurde sie von der amerikanischen Delegation begrüßt. Beide Delegationen begaben sich darauf in den für die Zeremonie vorbereiteten Saal. Der Unterzeichnung wohnten etwa 20 Personen und einige Pressevertreter bei. Nach der Paraphierung des Vertrages und des Austausches ergriff der amerikanische Gesandte in Bern das Wort und führte aus: „Die Verträge, die soeben unterzeichnet worden sind, haben einen bedeutenden und definitiven Zweck. Sie sind bestimmt, die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Türkei ins reine zu bringen, damit eine enge, fruchtbringende Zusammenarbeit der beiden Länder möglich wird.“ Ismet Pascha erwiderte hierauf mit einer kurzen Ansprache, womit um 4,20 Uhr die feierliche Sitzung abgeschlossen wurde.

Die Türkei und das Deutsche Reich.

Die offiziellen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei sind, dem Versailler Diktat entsprechend, seit 1919 unterbrochen; die türkischen Interessen werden seit dieser Zeit in Deutschland von der Schweiz vertreten. Die Türkei wird, wie wir erfahren, nach der Ratifizierung des Lausanner Vertrags die direkten Beziehungen mit Deutschland wieder aufnehmen.

*

Die türkische Delegation in Lausanne und die schweizerische Regierung stehen in Verhandlungen, um neue Handelsverträge abzuschließen.

Die Eröffnung des türkischen Parlaments wird um die Mitte des August stattfinden. Dem Parlament wird der Lausanner Vertrag zur Ratifikation vorgelegt werden. Nach dem Vertrag müssen die Alliierten Konstantinopel in sechs Wochen verlassen. Die Räumung Konstantinopels wird also voraussichtlich spätestens Mitte Oktober vor sich gegangen sein.

Der griechische und der armenische Interims-Patriarch von Konstantinopel hatten seit dem Waffenstillstand 1918 die Beziehungen zur türkischen Regierung abgebrochen. Zum ersten Male seit dieser Zeit haben sie gelegentlich des türkischen Friedensfestes dem Kalifen und der Regierung Besuche abgestattet, um ihr Gefühl der Zugehörigkeit zur Türkei auszusprechen.

Erdbeben in Nordspanien.

Madrid, 6. 8. (T. U.) Mehrere schwere Erdstöße werden aus der Umgebung von Huesca (Aragonien) gemeldet, die bedeutenden Sachschaden verursachten. Es soll sich um die Bildung eines neuen Vulkans handeln.

Der Proteststreik des Einzelhandels.

Völliger Geschäftsschluß am Donnerstag. — Ab Freitag sechsstündige Geschäftszeit.

Die am Montag zwischen Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums und des Einzelhandels gepflogenen Besprechungen haben zur Klärung der Lage noch nicht beigetragen. Es soll im Laufe der Woche noch einmal verhandelt werden. Inzwischen beharren, wie uns von der „Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels“ geschrieben wird, die Geschäftsinhaber bei ihrer Absicht, am Donnerstag die Läden geschlossen zu halten. Die Lebensmittelhändler sind von dieser Maßregel ausgenommen. Die sechsstündige Verkaufszeit, die vom Freitag, den 10. d. M. ab durchgeführt werden soll, dürfte in bezug auf die zeitliche Einteilung verschieden gehandhabt werden und sich den Bedürfnissen der verschiedenen Stadtteile anzupassen suchen.

*

ig. **Leipzig**, 6. 8. (Eigenbericht.) Die heute in Leipzig abgehaltene Hauptversammlung des Reichsverbandes deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler E. V. nahm u. a. Stellung zu den vom Berliner Polizeipräsidium erlassenen neuen Vorschriften über Höchstpreise für Lebensmittel. Aus diesem Anlaß wurde an den Kommissar für Volksernährung folgendes dringliche Telegramm gesandt:

„Polizeipräsidium Berlin festsetzt Höchstpreise für Einzelhändler unter Einkaufspreis. Folgen größte Beunruhigung und Verkäuferstreik. Hier stürmische Entrüstung. Erbitten dringend sofortiges Eingreifen.“

Ferner faßte die Versammlung eine Entschließung, worin der Reichsverband sich bereit erklärt, in Verbindung mit anderen maßgebenden Verbänden des Lebensmitteleinzelhandels die Geldmittel aufzubringen, die nötig sind, um die für den deutschen Lebensmitteleinzelhändler notwendige parlamentarische Vertretung sicher zu stellen.

In weiteren Resolutionen wurde Aufhebung der Marktstandgerichte, der Preisschilderverordnung und des Ausnahmerechtes gefordert, das die Einzelhändler allein von der Goldrechnung ausschließt.

Der Leipziger Verband des Einzelhandels hat wegen der Preisschilderverordnung beim Rate der Stadt Vorstellungen erhoben. Der Rat erklärte sich nicht für zuständig. Daraufhin hat als erste Folge der Ablehnung der Leipziger Verband des Einzelhandels beschlossen, bis auf weiteres keine Waren mehr in den Schaufenstern auszustellen, den Verkauf aber in der gewohnten Weise fortzuführen. Die Leipziger Polizei hat in der letzten Woche etwa 60 Kaufleute abgeführt und in Strafhaft genommen.

Das Alte stürzt.

Oldenburg, 6. 8. (T. U.) Das Staatsministerium hat durchgesetzt, vom 15. 5. 23 mit Zustimmung des Landtages den § 16, Abs. 2 und § 75 des Schulgesetzes für Oldenburg aufzuheben. Danach sind die Inhaber der betreffenden Schulstellen in Zukunft nicht mehr verpflichtet, den Organistendienst in der Kirche ihrer Gemeinde wahrzunehmen. Damit ist eine seit Jahrhunderten bestehende Einrichtung gefallen.

Verschärfung der tschechisch-polnischen Spannung.

Beneschs Organ verlangt Revision der polnischen Ostgrenze. — Polnisches Fiasko in Sinaia.

Warschau, 6. 8. (Eigenbericht.)
In der polnischen Hauptstadt herrscht große Erregung über einen Artikel des „Cesko Slowo“, des Organs des tschechischen Außenministers Benesch, in dem die Revision der polnischen Ostgrenze verlangt wird. Wenn diese Grenze so bleibe, wie sie jetzt sei, so sagt das tschechische Blatt, so drohe Polen ein Krieg mit Rußland, mit dem die Tschechei keine Unannehmlichkeiten haben wolle. „Wir können uns mit Polen nicht verbünden,“ sagt das Benesch-Organ, „solange Polen Weißrußland und andere Gebiete von Rußland loslöst. Wir wollen uns nicht gegenseitig Sand in die Augen streuen.“

Diese glatte Absage an Polen wird noch verstärkt durch die Behandlung, die der tschechenfreundliche, nach Sinaia entsandte frühere Prager Gesandte Pilz dort erfahren hat. Erst zwei Tage nach Beendigung der Konferenz der Kleinen Entente wurde er zu einem Gedankenaustausch geladen; er sagte jedoch ab. Seine Bemühungen, hinter den Kulissen eine Annäherung an die maßgebenden Persönlichkeiten der Kleinen Entente zu finden sind gescheitert.

In den polnischen Blättern taucht allmählich die Erkenntnis auf, daß Polen in der Gefolgschaft Frankreichs nunmehr vollkommen isoliert ist.

Prag, 6. 8. (Mtb.) Die halbamtlichen Prager Blätter erklären in Besprechungen über die Konferenz von Sinaia, daß zwar auf dieser Konferenz erklärt worden sei, daß die Frage des Eintritts Polens in die Kleine Entente jetzt nicht aktuell war, daß man damit aber diese Frage noch nicht endgültig aufgegeben habe. Man hoffe, doch noch zu einer Zusammenarbeit in irgendeiner Form zu kommen.

(Durch diese Aeußerungen halbamtlicher Prager Blätter soll der bitteren Pille, die der „Cesko Slowo“ dem polnischen Nachbar zu schlucken gibt, etwas von ihrer Schärfe genommen werden. In Warschau wird man sich über die russenfreundliche Orientierung des Tschechenstaates keinerlei Illusionen mehr hingeben. — Red.)

Kurze Nachrichten.

Brüssel, 6. 8. (W. T. B.) Der liberale Abgeordnete **Forthomme** ist zum **Minister für nationale Verteidigung** ernannt worden. Er hat dem König bereits den Eid geleistet.

Paris, 6. 8. (W. T. B.) Der neue Präsident der Vereinigten Staaten, **Coolidge**, hat an den Präsidenten **Millerand** ein Telegramm gerichtet, in dem er ihm persönlich und der französischen Nation herzlichst bestes Wohlergehen wünscht.

Paris, 6. 8. (W. T. B.) Der ehemalige Minister **Loucheur** erklärt, daß er die ihm heute vormittag vom „New York Herald“ zugeschriebenen Aeußerungen über die voraussichtliche Politik des Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht getan habe.

S. **Paris**, 6. 8. (Eigenbericht.) Der Sonderberichterstatter des „Intransigeant“ berichtet aus Cherbourg, daß der amerikanische Finanzmann **Pierpont Morgan** zusammen mit einer Reihe anderer Bankiers, darunter Baker, dem Vizepräsidenten der First Nationalbank von New York, ferner Vanderpool und Prentich, in England eingetroffen ist.

Winnipeg (Kanada), 6. 8. Der **kanadische Vertreter in der Regierungskommission des Saargebiets Waugh** ist zum Vorsitzenden der kanadischen Regierungskommission für alkoholische Getränke in Manitoba ernannt worden. Er hat den Posten angenommen.

Verbandswahlen der Textilarbeiter.

Kommunistische Erfolge.

Sd. **Dresden**, 6. 8. (Eigenbericht.) Gestern haben in Sachsen die Wahlen für den Textilarbeiter-Verbandstag stattgefunden. Soweit sich übersehen läßt, ist die Niederlage der sozialdemokratischen Kandidaten noch viel vernichtender als bei den Metallarbeiterwahlen. In einer großen Reihe von Städten, wie z. B. Chemnitz, Meißen, Pirna usw., sind die Kommunisten mit erdrückender Mehrheit gewählt worden.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

	6. 8.	4. 8		6. 8.	4. 8
Tägl. Geld	4½ %	nom.	Brüssel	—,—	4.67
Berlin	0,000048 G	0,000090 G	Amsterdam	39,30	39,30
	0,000047 B	0,000092 B	Zürich	—,—	17,91
Höchster	0,000060	0,000092	Kopenhagen	18,10	18,13
Niedrigst.	0,000045	0,000087	Prag	2,94	2,94
London			Rom	—,—	4.34
Kabel fr.	4.57.85	4.57.25	Madrid	—,—	14.10
Lond. 60 T.	4.53.62	4.53.50	Silber, ausl.	62⅝	62½
Paris	5,77	5,85	„ inl.	—	—

New York, Produktenmarkt.

	6. 8.	4. 8.		6. 8	4. 8.
Kaffee loco	10⅜	—,—	Eisen	25,50	25,50
„ Sept.	8,79	—,—	Weissblech	5,62	5,62
„ Dezbr.	7,79	—,—	Schmalz	11,55	11,42½
„ März	7,39	—,—	Talg	6⅛	6⅛
„ Mai	7,24	—,—	Bw. Saatöl l.	9,87	9,62
„ Juli	—,—	—,—	„ Sept.	9,86	9,98
Baumwolle l.	25,50	23,90	Petroleum Cas.	15,40	15,40
„ Aug.	24,50	23,10	„ Tanks	5,50	5,50
„ Sept.	24,45	23,00	„ Stand wh.	12,50	12,50
„ Okt.	23,76	22,67	„ Cred. bal.	3,00	3,00
„ N.v.	23,72	22,58	Rohzucker	6,03	—,—
Zufuhr	3 000	4 000	Terpentin	0,94½	0,96
Kupfer el.	14⅞-14½	14½	„ Sav.	0,84½	0,88½
Blei	6,62	6,50	Baumw. N.Orl.	23,85	23,00
Zink	6,15	6,20			

	6. 8.	4. 8.		6. 8.	4. 8.
Weizen, rot	111	110¾	Mehl Sp.	5,00-5,50	5,00-5,50
Hardw.	115	114¾	Getrfr. Engl.	1 sh 6 d	1 sh 6 d
Mais n.Ernte	102½	102⅛	Kaolin	6 cts.	6 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

	6. 8.	4. 8		6. 8.	4. 8.
Weizen Sept.	96⅝	96	Rippen Sept.	8,00	7,90
„ Dez.	100⅛	100⅜	Speck niedr.	7,62½	7,50
Mais Sept.	76½	76⅜	„ höchst.	8,50	8,37½
„ Dez.	63	63⅛	Leichte Schwein. niedr.	7,00	7,00
Hafer Sept.	35	34⅜	Leichte Schwein. höchst	8,00	7,85
„ Dez.	37½	37¼	Schwere Schwein. niedr.	7,00	7,00
Roggen Sept.	63⅜	63⅜	Schwere Schwein. höchst	7,70	7,65
„ Dez.	66½	66½	Zufuhr Chicago	60 000	40 000
Schmalz Sep.	10.65	10.55	Zufuhr Westen	137 000	175 000
„ Okt.	10.77½	10.65			

Zionismus und Alljudentum.

Von
Dr. Max Naumann,
Vorsitzendem des Verbandes nationaldeutscher Juden.

Am 8. August beginnt in Karlsbad der 13. Zionistenkongreß. Die Leiter der Veranstaltung scheinen aus ihr eine Weltsensation machen zu wollen. Sie verbreiten die Nachricht, daß ein Heer von Berichterstattern aller Länder sich einfinden werde, darunter namhafte Schriftsteller. Ein deutschnationales Blatt äußert den Wunsch, es möchte in Karlsbad „der Beschluß gefaßt werden, ungesäumt ins gelobte Land auszuwandern“. Ein billiger Scherz, zugeschnitten auf die Anspruchslosigkeit gesinnungstüchtiger Stammtisch-Philister. Aber auch außerhalb dieses Kreises dürfte es in Deutschland Menschen genug geben, die allen Ernstes glauben, die Frage der Auswanderung nach Palästina sei das Hauptproblem des Zionismus. Zu den so schlecht Unterrichteten gehört auch ein erheblicher Teil der deutschen Juden. Es muß einmal in aller Oeffentlichkeit darauf hingewiesen werden, daß die Palästinafrage längst nicht mehr die Kernfrage des Zionismus ist, und daß jeder deutschfühlende Mensch, Nichtjude oder Jude, allen Anlaß hat, sich mit dem wahren Wesen des heutigen Zionismus vertraut zu machen.

Theodor Herzl, der Schöpfer des politischen Zionismus, schildert in seinen Tagebüchern ein Gespräch, das er im August 1913, kaum ein Jahr vor beider fast gleichzeitigem Tode, mit dem russischen Innenminister Plehwe hatte. In dieser von Herzl selbst als „höchst merkwürdig“ bezeichneten Unterredung hat der Minister wörtlich gesagt: „Der russische Staat muß eine Homogenität seiner Bevölkerung wünschen. Wir begreifen allerdings, daß wir alle Verschiedenheiten der Konfessionen und Sprachen nicht können verschwinden lassen... Was wir aber von allen Völkern unseres Reiches, also auch von den Juden, fordern müssen, ist, daß sie den russischen Staat als etwas Gegebenes patriotisch auffassen. Wir wollen sie uns assimilieren und haben zu diesem Zwecke zwei Wege: den des höheren Unterrichts und den des ökonomischen Aufstiegs. Wer gewisse Bedingungen dieser beiden Arten erfüllt hat und... ein Anhänger der bestehenden Ordnung geworden ist, dem geben wir die bürgerlichen Rechte.“ Und weiter: „Ihre zionistische Bewegung war uns früher sympathisch, solange sie auf die Emigration hinarbeitete.... Aber seit dem Minsker Kongresse bemerken wir un changement des gros bonnets. Es ist weniger vom palästinensischen Zionismus die Rede als von Kultur, Organisation und jüdischer Nationalität. Das paßt uns nicht.“

Wir sind gewiß weit entfernt, das zaristische Rußland für das Muster eines Staatswesens oder Plehwe für das Ideal eines Politikers anzusehen. Aber dieser Staatsmann hat hier auf eine hervorragend kurze und klare, für jedes Land gültige Formel gebracht, was vom Standpunkt eines vaterlandsliebenden Menschen zur Frage des Zionismus und darüber hinaus zur Judenfrage überhaupt zu sagen ist. Aufgehen im Volkstum der Umwelt, unbeschadet „aller Verschiedenheiten der Konfession und Sprachen“, oder Auswandern — ein Drittes gibt es nicht, auch nicht vom Standpunkt des nationaldeutsch fühlenden Juden. Wir können uns abfinden mit einem Zionismus, der ehrlich dahin strebt, Deutschland von fremdfühlenden Elementen zu befreien. Eine zionistische Bewegung, in der weniger von Palästina die Rede ist als von jüdischer Kultur, jüdischer Organisation und jüdischer Nationalität, paßt uns ebenso wenig, wie sie dem Minister Plehwe gepaßt hat oder wie sie einem deutschfühlenden Nichtjuden passen kann.

Die Rede ist nun freilich von Palästina genug, und auch auf dem Kongreß wird es an Erörterungen dieser Frage nicht fehlen. Aber die Lage ist doch wesentlich anders als zu Herzls Zeit. Für Herzl stand vom ersten Tage seiner Aktion bis zum letzten Tage seines kurzen Lebens die Frage der Auswanderung im Vordergrunde. Aus feuilletonistischer Gedankenspielerei erwuchs das Idealbild des Judenstaates. Freilich erkannte selbst Herzl bald, daß man sich vorerst mit Geringerem begnügen müßte. Aus dem selbständigen Staat wurde die öffentlich-rechtlich gesicherte Heimstätte. Aber von dem Gedanken an dieses Mindestmaß nationaler Selbständigkeit auf eigenem, wenn auch der Form halber zunächst nur gepachtetem Boden ließ er niemals. Die Worte Plehwes zeigen, daß schon im letzten Jahre seines Lebens die Bewegung über ihren Schöpfer hinwegzugehen drohte. Je mehr nach dem Tode des Führers das Bild des Judenstaates sich in Nebel aufzulösen schien, desto mehr trat Palästina zurück, der „Kulturzionismus“ in den Vordergrund. Von den Werten, die Herzl geschaffen hatte, blieb nur einer, der nicht unterschätzt werden soll: das Streben nach Festigung der eigenen Persönlichkeit und Abstreifung unerquicklicher Ghettoeigenschaften. Hier berührt sich die jüdischnationale Bewegung mit ihrem Gegenpol, mit unserer Bewegung der nationaldeutschen Juden. Im übrigen glitt der Zionismus allmählich von der Höhe einer klaren politischen Bestrebung hinab in die Niederungen verworrenen Alljudentums.

Dann kam der Krieg, die Balfour-Deklaration, der sogenannte Frieden von Versailles und die Verleihung des Palästinamandats an das großmütige England. Es gab damals Zionisten, die ernstlich glaubten, Englands Wort verbürge die Verwirklichung ihres nationalen Traums. Auch heute noch mag es solche Träumer geben, aber der Tag ist nicht fern, an dem selbst der letzte von ihnen erwachen muß. Was England in Händen hat, ist englisch und sonst nichts. Das „Mandatsland“ Palästina ist eine englische Kolonie und wird es bleiben bis zum Zerfall des britischen Weltreichs. Es wird noch einiges Wasser den Jordan hinunterfließen, ehe dieser Zeitpunkt gekommen ist. Vorerst sind die jungen Idealisten, die dort draußen Straßen bauen und Oedland roden, nur die Fronsklaven Englands. Sie gehen hinaus in dem Wahn, die Zukunft ihres Volkes zu bauen, und